

Harmonie ist Pflicht. China vor dem 17. Parteitag

Günter Schucher

Am 15. Oktober 2007 wird der 17. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas (KP) eröffnet. Es ist zu erwarten, dass das neue Konzept zum Aufbau einer „harmonischen Gesellschaft“ programmatisch verankert wird.

Analyse:

Partei- und Staatschef Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao geben sich seit Amtsantritt vor fünf Jahren volksnah. Sie haben nicht nur den marktwirtschaftlichen Kurs ihrer Vorgänger fortgesetzt, sondern diesen durch Maßnahmen zum Ausgleich der entstandenen sozialen Ungleichheiten ergänzt. Sie reagieren damit auf eine steigende soziale Unzufriedenheit.

- Die chinesischen Sicherheitsbehörden behaupten, dass die offenen Proteste dank der Harmonie-Strategie 2006 erstmals abgenommen haben. Dies ist anzuzweifeln, da die Ursachen für die Unzufriedenheit noch zugenommen haben. Neben der extremen und wachsenden sozialen Ungleichheit gehören dazu vor allem Umweltprobleme, katastrophale Arbeitsbedingungen, Landnahmen sowie die Korruption der Kader.
- Partei und Regierung reagieren mit einer Art „Doppelstrategie“. Einerseits haben sie die Rechtmäßigkeit der Probleme anerkannt („Widersprüche im Volk“) und damit auch das Recht auf Protest, andererseits verstärken sie die Kontroll- und Unterdrückungsinstrumente. Eine Schlüsselstelle sind die lokalen Regierungen, sie sind meist Adressaten des Protestes und ihr Umgang mit diesen entscheidet über eine frühzeitige Deeskalation. Die Zentralregierung, die noch über hohe Vertrauenswerte in der Bevölkerung verfügt, versucht sie daher stärker in die Verantwortung zu nehmen und verlagert zugleich verstärkt Polizeieinheiten auf die lokale Ebene.
- Insgesamt hat sich der chinesische Partei-Staat als weit veränderungsfähiger erwiesen als viele Beobachter geglaubt haben. Die Führung hat die Notwendigkeit der Verbreiterung ihrer sozialen Basis und einer ausgewogeneren wirtschaftlichen und sozialen sowie ökologischen Entwicklung erkannt und dies in neue Konzepte (Entwicklung zur „Volkspartei“, Aufbau einer „harmonischen Gesellschaft“) gegossen. Da sie jedoch am Organisations- und Erkenntnismonopol der KP festhält, wird sie die auseinanderstrebenden Interessen einer sich zunehmend pluralisierenden Gesellschaft auf Dauer nicht oder nur autoritär zusammenhalten können. Noch allerdings hat sie „Raum zum Atmen“.

Key words: China, Kommunistische Partei, soziale Probleme, sozialer Konflikt, Harmonie

1. Einleitung

Protestaktionen vor laufenden westlichen Kameras sind das Letzte, was sich Parteichef Hu Jintao bei der Eröffnung des 17. Parteitags der Kommunisten Partei Chinas am 15. Oktober 2007. wünscht. Dieses Großereignis steht vielmehr unter dem Motto der Errichtung einer harmonischen Gesellschaft. Hu und auch Ministerpräsident Wen Jiabao präsentieren sich schon seit dem letzten Parteitag vor fünf Jahren als Führungskräfte mit breitem Rückhalt in der Bevölkerung. Ein umfangreiches Dokument zur Erläuterung des Harmonie-Konzepts hat das Zentralkomitee (ZK) der KP im letzten Oktober verabschiedet. Und nach einem entsprechenden Beschluss des Politbüros von Mitte September ist davon auszugehen, dass die 2.220 Delegierten des Parteitags Hus Ideen billigen und sie in das Parteistatut aufnehmen werden.

Die Sicherheitskräfte haben versprochen, alles ihnen Mögliche „für die Schaffung eines harmonischen und stabilen sozialen Umfeldes zur siegreichen Eröffnung des 17. Parteitags“ zu tun. Dafür wollen sie „feindliche Kräfte aus dem In- und Ausland, ethnische Separatisten, religiöse Extremisten, gewalttätige Terroristen und den Falun Gong Kult“ intensiv beobachten und konsequent unterdrücken. Zugleich sollen soziale Konflikte schon „im Keim“ verhindert werden.

Der folgende Beitrag macht zunächst Angaben zur Entwicklung der offenen sozialen Proteste in den letzten Jahren sowie zu deren Ursachen und beschreibt dann die Doppelstrategie von Partei und Regierung zu ihrer Bekämpfung und Beilegung. Im dritten Abschnitt wird auf die neuen Konzepte der Hu/ Wen-Führung zur gesellschaftlichen Entwicklung eingegangen, bevor abschließend die Frage aufgeworfen wird, ob damit die richtige Antwort auf den wachsenden Unmut gefunden ist.

2. Wachsender Unmut

Die Zahl größerer offener Protestaktionen, der so genannten Massenvorfälle, ist nach offiziellen Angaben von rund 8.700 im Jahre 1993 bis zum Jahr 2005 um das Zehnfache auf 87.000 gestiegen. Auch die Zahl der von Schiedskommissionen und Gerichten behandelten Arbeitskonflikte, der Klagen vor Verwaltungs- und Arbeitsgerichten sowie der Petitionen auf allen Ebenen der Verwaltung hat in

dieser Zeit kontinuierlich zugenommen (Schucher 2006).

2006 sollen die Petitionen und die offenen Proteste abgenommen haben, Letztere um 16,5 %. Dies wird als Erfolg der Harmonie-Strategie gefeiert, ist aber anzuzweifeln; denn die Ursachen und Auslöser haben noch an Brisanz gewonnen. Anzunehmen ist vielmehr, dass lokale Kader Proteste nicht nach oben melden, um sich in ein besseres Licht zu setzen. In der gewöhnlich gut informierten Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* war denn auch – unter Berufung auf die Zentrale Kommission für die Aufrechterhaltung der sozialen Ordnung – von einem Anstieg auf 112.655 Konflikte die Rede (Tian 2007).

Gründe für Unzufriedenheit in der chinesischen Bevölkerung gibt es sehr viele. An erster Stelle ist hier das große und weiter steigende Einkommensgefälle zu nennen. Der GINI-Koeffizient, ein Index für Einkommensungleichheit, ist seit 1978 kontinuierlich gestiegen und belegt, dass sich China von einer weitgehend egalitären Gesellschaft zu einem der Länder in der Welt mit der größten Ungleichheit entwickelt hat. Als weitere Ursachen können genannt werden: Entlassungen, Arbeitslosigkeit, Probleme bei der Arbeitsplatzsuche von Hochschulabsolventen und Lohnrückstände, vorenthaltene Löhne für ländliche Wanderarbeiter, katastrophale Arbeitsbedingungen und Arbeitsunfälle (vor allem im Kohlebergbau), der Verlust sozialer Sicherungsleistungen durch Firmenbankrotte oder nicht erfolgte Anpassung der Sicherungsleistungen an die wirtschaftliche Entwicklung, die quasi gescheiterten Reformen im Gesundheits- und Rentenbereich, ungeklärte Eigentumsrechte im Wohnungswesen, Zwangsmaßnahmen in der Familienplanung, willkürlich erhobene Gebühren oder auch ethnische und religiöse Spannungen.

Hervorzuheben sind weiterhin Umweltschäden und konkrete Umweltkatastrophen sowie Landnahmen, die vor allem den Bauern ihre Lebensgrundlage nehmen. Hintergrund dafür sind die ungeklärten Eigentumsrechte an Boden, die es den Lokalregierungen ermöglichen, das von ihnen „kollektiv“ verwaltete Land den Pächtern gegen geringe Kompensation zu nehmen und meistbietend zu veräußern. Nach Angaben des Arbeitsministeriums verloren 40 Mio. Bauern in der letzten Dekade ihr Land durch Urbanisierung, weitere 15 Mio. werden es in den nächsten fünf Jahren verlieren (China aktuell 3/2007, S. 121).

Vielfach verschärft werden die genannten Probleme durch Korruption, Fehlverhalten von Kadern oder auch Kollaboration von Kadern und kriminellen Banden sowie Polizeieinsätze. Eigene Auswertungen von Meldungen über Proteste zeigen, dass zu einem nicht geringen Teil die Eskalation erst mit dem Einsatz lokaler Polizeikräfte in Gang gesetzt wurde.

Wie groß das allgemeine Unbehagen ist, zeigt die Analyse in der chinesischen Zeitschrift *Liaowang* (2006), dass sich in immer kürzerer Zeit immer mehr von dem eigentlichen Problem nicht Betroffene den Protesten anschließen. Dabei sind offene Proteste häufig nur das letzte Mittel, denn in der Regel wird bei Konflikten in erster Instanz meist traditionell die Vermittlung durch informelle soziale Netzwerke angestrebt, dann wird versucht, die Administration zum Eingreifen zu bewegen. Wenn dies nicht zum Erfolg führt, geht man vor Gericht. An kollektiven Petitionen und öffentlichen Protesten würden sich nach Umfragen tendenziell wenige Chinesen beteiligen (Fewsmith 2007). Häufiger sind die sehr vielfältigen Formen versteckten Protestes.

Unzufriedenheit und Protest richten sich meist gegen spezifische Behörden, Beamte oder Polizeieinheiten; denn die genannten sozialen Probleme sind vor allem das Resultat einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung, die der Zentralregierung Höchstwerte an Vertrauen beschert. Über 90 % haben Vertrauen in Partei und Regierung, nur 16,9 % halten die Gesellschaft für unharmlos. Das sind aber immerhin mindestens 152 Mio. Menschen, wenn man allein von der erwerbsfähigen Bevölkerung ausgeht. Viele Chinesen glauben allerdings, dass soziale Konflikte in Zukunft zunehmen werden (Fewsmith 2007).

3. Konfliktmanagement der Regierung

Die Verhinderung bzw. die richtige Behandlung von Massenvorfällen gilt in China als wichtiger Test für die Regierungsfähigkeit der KP. Partei und Regierung haben in den letzten Jahren ihre Strategie gegenüber sozialen Protesten diversifiziert. Seit ihrem Amtsantritt legt die Partei- und Staatsführung unter Hu Jintao und Wen Jiabao einerseits großen Wert darauf, sich als Advokat sozialer Interessen – vor allem auch benachteiligter Gruppen – zu präsentieren, scheut andererseits aber auch nicht vor „harten“ Maßnahmen zurück

bzw. setzt bewusst auf die Verstärkung des Polizeiapparates und schränkt die Presseberichterstattung ein.

Hintergrund dieser „Doppelstrategie“ ist die Anerkennung der Unvermeidlichkeit sozialer Widersprüche im Prozess der Modernisierung, wie sie sich an prominenter Stelle auch in dem Konzept zur Errichtung einer harmonischen Gesellschaft findet, das am 11. Oktober 2006 vom ZK verabschiedet wurde. Diese Resolution ist das erste größere Parteidokument, das sich zu der Frage der Massenvorfälle äußert (CCP 2006). Das öffentliche Vorbringen von Interessen ist danach kein feindlicher Akt mehr. Bei unrechtmäßiger Reaktion der verantwortlichen Regierungen, vor allem auf lokaler Ebene, ist es sogar gerechtfertigt, diese Interessen kollektiv und mit dem Mittel des offenen Protestes zu vertreten. Entsprechend sollen Proteste, die keine staatsgefährdenden Ziele vertreten, auch toleriert und friedlich gelöst werden. Die Polizei soll dabei eine Strategie der Eingrenzung und Isolierung verfolgen, statt durch brutale Unterdrückung noch weitere Sympathisanten auf den Plan zu rufen.

Die Differenzierung zwischen lokalen Beamten und zentraler Führung ist dabei eine zweite Dimension im Umgang mit Protesten. Zwar ist die Umsetzung zentraler Leitlinien auf der lokalen Ebene tatsächlich schwer zu kontrollieren und vor allem die untersten Kader und direkten Adressaten neigen zur Unterdrückung als zu Verhandlungen. Aber die Regierung nutzt auch das vorhandene hohe Vertrauen in ihre sozialpolitische Aufrichtigkeit und ihren wirtschaftlichen Erfolgskurs, um sich selbst als „die Guten“ und die lokalen Kader als „die Schlechten“ darzustellen. Entsprechend versucht sie durch verschiedene Maßnahmen, die lokale Ebene stärker für die Lösung der Konflikte bzw. für deren Prävention verantwortlich zu machen. Die Hu-Wen-Führung hat im Verhältnis zu den Lokalregierungen einen Strategiewechsel vollzogen: Zusätzlich zur Zentralisierung fiskalischer Aufgaben hat sie begonnen, den Lokalregierungen die Schattenseiten des Wirtschaftsaufschwungs anzulasten. Die zwei Seiten der Strategie (Lösung und Unterdrückung der Konflikte) können beispielhaft an der Lokalisierung des Konfliktmanagements und an neuen Kontrollmechanismen gezeigt werden.

3.1 Lokalisierung

Die Stärkung der lokalen Verantwortung für die Regelung von Konflikten hat auch den Hintergrund, dass das frühzeitige Erkennen eine Lösung vereinfachen und eine mögliche Eskalation verhindern könnte. Eine Untersuchung von Journalisten der Beijinger Zeitung *Xinhua Weekly* (*Xinhua Zhoukan*) ergab allerdings, dass viele lokale Kader dazu nicht in der Lage sind. Mangelnde Analysefähigkeit, langsames Reagieren, gepaart mit der Anweisung von oben, keine Massenvorfälle entstehen zu lassen, bzw. der Angst vor Kritik führen dann zu der Schlussfolgerung, soziale Stabilität sei schlicht die Abwesenheit von Protesten und Petitionen („no trouble is good performance“). Im praktischen Handeln ist das Ergebnis die Unterdrückung von Protesten und die Verschleierung von Vorfällen (zit. in Hong Kong Economic Journal, 20.7.2007, nach BBC Monitoring Global Newswire Asia Pacific Political File, 28.8.2007).

Die Angst der Lokalkader ist nicht ganz unberechtigt. Erst am 5. Januar 2007 hat das Parteikomitee des Ministeriums für Sicherheit (*Gonganbu*) ein Dokument erlassen, wonach Leiter von Basisseinheiten ihres Postens enthoben und disziplinarisch bestraft werden können, wenn es bei Massenvorfällen (aufgrund falscher Behandlung) zur Eskalation kommt, wenn sie illegale Aktivitäten nicht untersuchen, darüber nicht berichten und dadurch Unruhen verlängern und wenn durch Folter, missbräuchlichen Waffeneinsatz oder Gewalt Menschen sterben (News of the Communist Party of China, <http://cpc.people.com.cn/GB/64093/64371/5252633.html>, 22.2.2007).

Parallel zur stärkeren Verpflichtung der Lokalregierungen wurden Polizeikräfte auf lokaler Ebene stationiert. Laut Wu Heping, Pressesprecher des *Gonganbu*, hat dies zur Abnahme von Konflikten beigetragen, da die Polizei die Interessen der Bevölkerung besser erfassen und sich um Widersprüche bzw. Konflikte kümmern sowie diese untersuchen kann (Pressekonferenz vom 14. November 2006, www.mps.gov.cn). Über 80.000 Sicherheitskräfte wurden auf die Stadtbezirks- (*shequ*-) und Dorfebene verlagert, über 12.000 Polizeistationen renoviert oder neu errichtet. Polizeistationen sollen in den Kreisen über 85 % der Sicherheitskräfte stellen.

3.2 Kontrolle und Unterdrückung

Besonderes Augenmerk richtet die Regierung auf die ländlichen Gebiete, wo rund die Hälfte aller Konflikte ihren Ursprung hat. Abhilfe soll geschaffen werden durch konsequentes Vorgehen gegen alle illegalen Aktivitäten („strike hard“) einerseits, natürlich im Einklang mit dem Gesetz, sowie durch die Untersuchung und koordinierte Prävention bzw. angemessene Lösung von sozialen Widersprüchen andererseits. Hohe Bedeutung wird dabei der Lösung aller Konflikte beigemessen, die auf unrechtmäßiges Kaderverhalten zurückzuführen sind. Die legitimen Rechte der Bauern sollen geschützt und Konfliktlösungsmechanismen verbessert werden. Der stellvertretende Minister für öffentliche Sicherheit Liu Jinguo forderte z.B. im Juli alle Polizeieinheiten auf, einen Monat lang die Ursachen sozialer Unruhe auf dem Lande zu erforschen (Wall Street Journal, 8.7.2007). Zugleich soll, so Hu Jintao am 1. August 2007, die bewaffnete Polizei besser ausgerüstet und gestärkt werden, um die soziale Stabilität erhalten zu können (Xinhua News Agency, 1.8.2007). Insgesamt stehen 1,8 Mio. Sicherheitskräfte zur Verfügung. Die Zahl der Polizisten pro 10.000 Einwohner ist von 6,5 im Jahr 1978 über 7,3 (1990) und 10,9 (2004) auf 11,2 im Jahr 2005 gestiegen, d.h. insgesamt um 172 % (Ru et al. 2006: 335).

Außerdem sollen die Überwachungssysteme verbessert werden. Dies schließt die Einrichtung von Überwachungskameras im großen Stil ebenso ein wie die schärfere Kontrolle des Internets. Ausweise mit Chips sollen umfangreiche persönliche Daten speichern, eine US-Firma wurde mit der Umsetzung betraut. Überwachungskameras gibt es in allen chinesischen Städten, vornehmlich zur Kontrolle des Verkehrsflusses, aber auch in Banken, auf Märkten und in abgelegenen Straßen. In Beijing waren es Anfang 2007 insgesamt 263.000 (Xinhua News Agency, 30.1.2007). In Shenzhen z.B. will die Polizei mindestens 20.000 Überwachungskameras mit Gesichts- und Verhaltenserkennung zusätzlich zu den schon vorhandenen 180.000 Videokameras von Unternehmen und Behörden installieren. (Spiegel online, 13.8.2007).

Meldungen über die Kontrolle der Medien und Maßregelungen von Journalisten gibt es immer wieder. Mit Verweis auf den bevorstehenden Parteitag sollen nun die großen Internetportale, darunter Google, Baidu, Yahoo und Sina, vom Informationsministerium aufgefordert worden

sein, Informationen zu blocken oder zu löschen, die schädlich sind, d.h. u.a. „die Staatssicherheit gefährden, Staatsgeheimnisse preisgeben, zum Sturz der Regierung aufrufen“ oder „die soziale Ordnung stören“ (South China Morning Post, 1.9.2007). Zur Sicherung der öffentlichen Ordnung soll auch der Aufbau ziviler Patrouillen beitragen.

Unterdrückung bleibt also eine zulässige Option. Härtere Maßnahmen treffen z.B. die Petitionäre. Am 27. September 2007 meldete die *South China Morning Post* die Zerstörung eines „Petitionsdorfes“ in Beijing. In diesen „Dörfern“ halten sich die Petitionäre auf, z.T. über Wochen, bis sie ihre Anliegen vorbringen können. Jetzt sollten sie die Hauptstadt bis zum folgenden Wochenende verlassen.

Solche auf die Wahrung des öffentlichen Images zielenden Maßnahmen nehmen in der Regel gerade vor Großereignissen wie dem Nationalen Volkskongress oder jetzt dem Parteitag zu. *Human Rights Watch* berichtet auch von der Verhängung von Hausarrest gegen Aktivisten, um diese an Reisen und Aktionen zu hindern. Diese Form des „soft arrest“ habe im chinesischen Recht keine Grundlage (Wall Street Journal, 25.7.2007).

4. Neue Konzepte zur gesellschaftlichen Entwicklung

Staats- und Parteichef Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao haben die sozialen Herausforderungen von Beginn ihrer Amtszeit an sehr ernst genommen und dies auch durch symbolträchtige Besuche in Armutsgebieten oder bei HIV-Opfern deutlich gemacht. Alle von der neuen Partei- und Staatsführung erarbeiteten Konzepte können auch als Antworten auf die sozialen Krisensymptome sowie als Bestandteile einer neuen Entwicklungsstrategie begriffen werden.

Das noch vom Vorgänger Hu, dem damaligen Partei- und Staatschef Jiang Zemin, in den Rang einer Theorie erhobene Konzept der „drei Repräsentationen“ wurde bestätigt. Es sieht die Verbreiterung der sozialen Basis der Partei durch die wirtschaftlichen und geistigen Eliten vor und leitete auch offiziell die Entwicklung der KP von einer „Klassen-“ zu einer „Volkspartei“ ein. Inzwischen sollen rund 30 % der Privatunternehmer Chinas Mitglied sein. Das „Wissenschaftliche Entwicklungskonzept“ soll die Grundlagen des Regierungshandelns verbessern. Regelmäßige Studiensitzungen des Politbü-

ros, auf denen auch neue Ideen und kontroverse Themen angesprochen werden können, sollen hier ein Vorbild abgeben. Das „Wissenschaftliche Entwicklungskonzept“ geht aber weiter, indem es mehr oder weniger explizit die alleinige Ausrichtung am Wirtschaftswachstum der Vorgängerregierungen kritisiert und für eine ausgewogene Entwicklung von Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft plädiert.

Schon am Beginn ihrer Amtszeit hatten sich Hu und Wen für den Schutz benachteiligter Gruppen ausgesprochen, später stellten sie auch programmatisch den „Mensch in den Mittelpunkt“ (*yi ren wei ben*) ihrer Politik. Zum Ausgleich regionaler Unterschiede ergänzten sie das Programm zur Entwicklung Westchinas um Programme zur Entwicklung des Nordostens und Zentralchinas. Und zur Schaffung eines „neuen sozialistischen Landes“ forderten sie die Städte und die Industrie auf, nach Jahrzehnten der Bevorzugung an das Land zurückzuzahlen. Die Steigerung der Einkommen der Landbevölkerung sei unerlässlich, wolle man die soziale Spaltung Chinas verhindern.

Über Dorf-Wahlen, mehr Information und Transparenz (*e-Government*), Ausbau von Partizipationsmöglichkeiten und mehr innerparteiliche Demokratie soll u.a. auch der Druck auf die Lokalregierungen erhöht werden, die Anweisungen der Zentrale umzusetzen. Hier sieht die Regierung eine wichtige Möglichkeit Schwächen zu beheben; denn die bessere Durchgriffsfähigkeit auf die lokale Ebene wird letztlich mit darüber entscheiden, ob die gesetzten Ziele (sowohl im Wirtschafts- als auch im sozialen Bereich) auch verwirklicht werden können.

Im Vorfeld des 17. Parteitags hat sich eine erstaunlich offene Debatte über Demokratie in China entfaltet, die von der Führung toleriert wird, eventuell sogar gewünscht ist und in deren Verlauf – vor allem von Parteiveteranen – auch Vorschläge wie Mehrparteienwahlen oder ein sozialdemokratisches Parteienmodell für die KP geäußert wurden. Auch Hu Jintao betonte in einer programmatischen Rede vor der Zentralen Parteihochschule und den Mitgliedern des Ständigen Komitees des Politbüros, dass der Aufbau einer sozialistischen Demokratie immer ein konsistentes Ziel der Partei gewesen sei (Xinhua News Agency, 25.6.2007). Ob es sich bei der Demokratiedebatte nur um ein Strohfeuer, um Manöver einzelner Gruppen im Kampf um innerparteiliche Positionierung oder um Versuche der Vereinnahmung und Neudefi-

nition als „chinesische Demokratie“ handelt, wird sich allerdings erst auf oder nach dem Parteitag erweisen.

Zusammengeführt wurden die verschiedenen Konzepte in der Resolution zum Aufbau einer „harmonischen Gesellschaft“ (CCP 2006). Was unter einer „harmonischen Gesellschaft“ zu verstehen sei, formulierte Hu Jintao erstmals am 19. Februar 2005 in einem Trainingskurs der Zentralen Parteihochschule und Ministerpräsident Wen Jiabao wiederholte es einen Monat später in seinem Regierungsbericht (Xinhua News Agency, 14.3.2005): „a socialist society that is democratic and law-based, fair and just, trustworthy and friendly, full of vigor and vitality, secure and orderly, and in which man and nature are in harmony“.

Ein entscheidendes Merkmal dieses Konzepts ist, wie oben erwähnt, die Anerkennung der bestehenden sozialen Probleme und divergierenden Interessen in der Gesellschaft, die durch mehr soziale Gerechtigkeit und durch sozialen Ausgleich harmonisiert werden sollen. Das Konzept vom Oktober 2006 ist der Höhepunkt eines zweijährigen Prozesses, in dem die Führung eine programmatische Antwort auf die sozialen Spannungen suchte, die im Zuge der Reformen immer stärker wurden. Auffällig ist die Betonung der kollektiven Führung und das offensichtliche Vermeiden, die neue Doktrin Hu Jintao persönlich zuzuschreiben. Dies könnte mit Beobachtungen übereinstimmen, dass künftig keine Faktion in der Partei allein stark genug sein wird, die Führung auszuüben, und sich Muster der Machtteilung herausbilden.

Die politischen Implikationen sind unmittelbar autoritär. Das Ziel, einen synthetischen Konsens der auseinander strebenden sozialen Kräfte herbeizuführen, erfordert die Existenz einer paternalistischen, übergeordneten Autorität, eines „gütigen Despoten“, der die verschiedenen sozialen Interessen reflektieren, vertreten und vermitteln sowie zugleich dauerhaft disharmonische Tendenzen unterdrücken kann (Baum 2007).

5. Ist die richtige Antwort gefunden?

In der westlichen Literatur wird die These aufgestellt, die Vertrauenskrise in Partei und Regierung sei ein Ergebnis fehlender Demokratie. Das Vertrauen in die Regierung ist jedoch sehr hoch und Forderungen nach mehr Demokratie beziehen sich auf Verfahrensfragen und meinen nicht grundle-

gende politische Reformen. Unzufriedenheit besteht in erster Linie über die sozioökonomischen Konsequenzen der wirtschaftlich erfolgreichen Entwicklung; insofern richten sich die Proteste auch gegen konkrete Probleme, meist auf lokaler Ebene, und dort gegen spezifische Behörden oder Beamte.

Der Führung geht es um Machterhalt, dabei hat sie sich allerdings trotz fehlender Demokratie als weit lern- und anpassungsfähiger erwiesen als viele vermutet haben. Die pragmatisch funktionalistische Veränderung politischer Konzepte ermöglichte der Partei die Verschiebung grundlegender Systemreformen. Bis zum 16. Parteitag 2002 konnte in der Partei erfolgreich der Konsens über einen „nichtradikalen (graduellen) Entwicklungsweg“ verankert werden. Zugleich definierte sich die Partei angesichts des enormen Verlustes an Popularität, vor allem auf dem Lande, neu als eine Partei, die alle Arten von „fortschrittlichen“ Produktivkräften vertritt („drei Repräsentationen“). Damit hat sich die KP als eine „Volkspartei“ neu konzeptualisiert, ohne sich durch Wahlen legitimieren zu lassen (Sausmikat 2006); sie hat damit allerdings zugleich die gesellschaftlichen Widersprüche in die Partei hinein geholt.

Durch die Kooptation der geistigen und wirtschaftlichen Eliten findet Unzufriedenheit in der Gesellschaft keine Ressourcen und Führung für kollektive Aktionen gegen den Partei-Staat. Umgekehrt scheinen Meinungsführer das Regime zu unterstützen, auch wenn sie stärkere Partizipation der Bevölkerung fordern. Die Partei hat also noch „Raum zum Atmen“ (Wang 2006: 233).

Ihr Leitbild eines „fürsorgenden“ paternalistischen Staates, der in der Lage ist, durch entsprechende Interventionen immer wieder einen gesellschaftlichen Gleichgewichtszustand herbeizuführen, dürfte allerdings zunehmend an seine Grenzen stoßen. Denn der chinesische Partei-Staat muss künftig in wachsendem Maße pluralistische Kräfte bändigen und kontrollieren, die zwangsläufig mit Marktwirtschaft und Globalisierung entstehen. Darauf hat schon der verstorbene ehemalige Parteivorsitzende Zhao Ziyang hingewiesen, der 1989 abgesetzt wurde. Seitdem versuchen Partei und Regierung, das Entstehen gesellschaftlicher Gruppen zu verhindern. Partei und Regierung präferieren die Lösung von Konflikten ad hoc und auf individualisierter Basis; zur Stützung ihrer Legitimität ermutigen sie zu individuellen statt zu gruppenbasierten Inputs und versuchen potenzielle Aggressionen gegen den Staat auf lokale Agenten umzulenken.

Ansätze zur Berücksichtigung von Gruppeninteressen bestehen auf zwei Ebenen: Zum einen hat der Parteistaat auf der untersten Ebene Wahlen für Dorf- und Nachbarschaftskomitees erlaubt und so für mehr Vertrauen und Legitimität in die Verwaltung gesorgt. Auch andere Formen der Partizipation werden gefördert, wobei die Bereitschaft seitens der Bevölkerung aber noch gering bleibt. Zum anderen wird inzwischen das Wirken von sozialen Vereinigungen und Nichtregierungsorganisationen (NRO) in China von der Regierung nicht nur toleriert, sondern z.T. auch gefördert, wenn auch nur nach offizieller Registrierung. In zunehmendem Maße entsteht eine öffentliche Sphäre, die sich zudem im Internet artikuliert. Ende 2005 soll es insgesamt 320.000 nichtstaatliche Organisationen bis hinunter zur Kreisebene gegeben haben, wobei aber darin einerseits auch die von der Regierung organisierten Verbände erfasst sind, während andererseits Vereinigungen auf der Gemeinde- und Dorfebene es nicht sind. Die Vereinigungen sind allerdings angehalten, nicht explizit politische oder gar politisch brisante Ziele zu verfolgen. Sie sollen ausschließlich zur Lösung konkreter, meist sozialer Probleme beitragen. Dennoch können sie als Agenten des Wandels begriffen werden, zumal sie der Bevölkerung helfen, demokratische Spielregeln zu verstehen.

Noch beansprucht die Parteiführung das Erkenntnis- und Lösungsmonopol für die bestehenden Probleme für sich. Der Verzicht auf eine Berücksichtigung von Gruppeninteressen in einer sich zunehmend pluralisierenden Gesellschaft wird sie allerdings auf Dauer in ihren Kapazitäten beschränken. Auch konservativere Parteipolitiker scheinen dies zu ahnen, wenn sie eine „konsultative Demokratie“ fordern. Darüber hinaus versucht die Parteiführung, die verschiedenen Interessen in ein wissenschaftlicheres, ausgewogeneres und harmonisches Entwicklungsmodell zu integrieren. Damit erweitert sie allerdings die Kriterien für ihre eigene Legitimation, die bisher auf Wirtschaftswachstum und Stabilität konzentriert waren. Vor allem eine Umkehr des Trends zur sozialen Polarisierung ist derzeit noch nicht in Sicht. Harmonie dürfte damit vorläufig mehr Wunsch als Wirklichkeit bleiben.

Literatur

- Baum, Richard (2007): The Limits of Authoritarian Resilience, Paper präsentiert auf der Konferenz „CERI-Debate“, 17. Januar 2007, in: http://www.ceri-sciencespo.com/archive/jan07/art_rb.pdf, 1.2.2007.
- CCP (2006): The Resolution of the of the CCP Central Committee on Major Issues Concerning the Building of a Socialist Harmonious Society – Adopted at the Sixth Plenum of the 16th CCP Central Committee on 11 October 2006. Xinhua, 18.10.2006, nach BBC Monitoring Global Newline Asia Pacific Political File, 28.10.2006
- Fewsmith, Joseph (2007): Assessing Social Stability on the Eve of the 17th Party Congress, in: China Leadership Monitor, 20, (Winter), S. 22.
- Landry, Pierre F./ Yanqi Tong (2005): Disputing the Authoritarian State in China, Paper präsentiert auf der Konferenz „Stanford University Comparative Politics Workshop“, 14. November 2005, in: http://comparativepolitics.stanford.edu/Papers2005-06/Landry_11_14_05.pdf, 11.08.2006.
- Liaowang (2006): Shehui maodun xin jinghao, in: Liaowang, 16. Oktober, S. 10-13.
- Minzner, Carl (2007): Social Instability in China. Causes, Consequences, and Implications, in: C. Fred Bergsten/ Bates Gill/ Nicholas R. Lardy/ Derek J. Mitchell (Hg.): The China Balance Sheet in 2007 and Beyond, Online Publication, S. 55-77, in: www.chinabalancesheet.org/Documents/03SocialInstability.pdf, 25.6.2007.
- Ru, Xin/ Xueyi Lu/ Peilin Li (2006): 2007 nian: Zhongguo shehui xingshi fenxi yu yuce (Analysis and Forecast on China's Social Development [2007]), Shehui Lanpishu (Blue Book of China's Society). Beijing: Social Sciences Academic Press.
- Sausmikat, Nora (2006): More Legitimacy for One-Party Rule? The CCP's Ideological Adjustments and Intra-Party Reforms, in: Asien, 99, (April), S. 70-91.
- Schucher, Günter (2006): Ein Gespenst geht um in China – das Gespenst sozialer Instabilität, in: China aktuell, 5, S. 47-63.
- Tian Sui (2007): Qunian qianyuwan renci jihuui kangzheng (Über 10 Mio. Teilnehmer an Protestkundgebungen im vergangenen Jahr), Zhengming, 2, S. 15-16
- Wang, Zhengxu (2006): Explaining Regime Strength in China, in: China. An International Journal 4, 2, (Sep.), S. 217-237.

■ Der Autor

Dr. Günter Schucher ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA Institut für Asien-Studien, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Asienkunde und Editor der Zeitschrift ASIEN. Email: schucher@giga-hamburg.de

■ Gegenwärtige Forschung im GIGA zum Thema

Im Forschungsschwerpunkt 1 (Legitimität und Effizienz politischer Systeme) befasst sich Dr. Heike Holbig mit Fragen der politischen Legitimität der chinesischen Führung. Im Forschungsschwerpunkt 3 (Transformation in der Globalisierung) forscht Dr. Schucher zum sozialen Wandel.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Holbig, Heike (2006): Ideological Reform and Political Legitimacy in China. Challenges in the Post-Jiang Era, GIGA Working Paper 18, March.

Holbig, Heike (2006): Ideologische Gratwanderung. Die Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses, in: China aktuell, 2.

Schucher, Günter (2007, im Erscheinen): Chinas Streben nach Harmonie. Wunsch und Wirklichkeit, in: China aktuell, 5.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost sowie zu Globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der *GIGA Focus Asien* wird vom Institut für Asien-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretene Auffassung stellt die des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Institutes dar. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.

Redaktion: Günter Schucher; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler

Lektorat: Julia Kramer; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German  Institute of Global and Area Studies
Institut für Asien-Studien

IMPRESSUM